

CDU kritisiert Ablehnung von Mehrklassen scharf

Streit um Realschulen schwelt weiter.

Bielefeld. Mit scharfer Kritik reagiert die Bielefelder CDU auf die Ablehnung ihres Antrags in der Sondersitzung des Rates, an der Gertrud-Bäumler-Realschule und der Luisenschule jeweils eine Mehrklasse zuzulassen. Oberbürgermeister-Kandidatin Christiana Bauer: „SPD, Grüne und Linke verabschieden sich damit endgültig von einer vernünftigen Schulpolitik in Bielefeld und hinterlassen einen Scherbenhaufen“. 96 Jungen und Mädchen finden nun keinen Platz mehr an ihrer Wunschrealschule.

Die CDU-Politikerin Bauer erklärte: „Wir gehen jetzt nicht zur Tagesordnung über, sondern kämpfen im Sinne des Elternwillens und der Fachlichkeit für eine sinnvolle Lösung“. Seit 2009, so ihr Parteikollege Marcus Kleinkes, hätten SPD, Grüne und Linke alle Beschlüsse, die Mehrklassen an Realschulen betreffen, mitgetragen: „Die aktuelle Kehrtwende ist für mich eine Bankrotterklärung: Es ist unübersehbar, dass Rot-Grün-Rot mit ihrer Entscheidung das integrative Schulsystem mit den Gesamtschulen stärken will.“ Offensichtlich sei dies ideologisch motiviert.

Als „höchst bemerkenswert“ bezeichnet der schul-

politische Sprecher der CDU-Fraktion das Verhalten von Oberbürgermeister Pit Clausen: „Er votierte mit der Linkskoalition, stellte sich damit gegen die eigene Verwaltungsvorlage, die zwei Mehrklassen empfohlen hatte, und lässt seinen Schuldezernenten Udo Witthaus im Regen stehen“. Es spreche für sich, dass der OB-Kandidat der SPD, Sozialdezernent Ingo Nürnberger, sich in der Debatte in Schweigen gehüllt habe.

Marcus Kleinkes beklagt, dass das „Mit-dem-Kopfdurch-die Wand-Verhalten“ von Rot-Rot-Grün massiven Schaden in der Bielefelder Schullandschaft hinterlassen habe: „Die Elternschaft ist aufgewühlt und unter den verschiedenen Schulformen ist eine noch nie dagewesene Auseinandersetzung entstanden.“ Befremdlich fände er insbesondere die Stellungnahme der Gesamtschulen, in der die Kolleginnen und Kollegen der anderen Schulformen „regelrecht angegriffen werden“.

Die CDU-Oberbürgermeister-Kandidatin Christiana Bauer appelliert an alle, „auf eine sachliche Basis zurückzukehren.“ „Es geht um die Kinder und ihre Eltern, nicht um ideologisch begründete Machtspiele“, so Bauer.